

### Korrespondenzen.

Unter der Leitung von Prof. Abderhalden ist in Halle vor einigen Monaten ein „**Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft**“ gegründet worden. Die bisher ihm angehörenden (1000) Mitglieder arbeiten vorläufig in drei Gruppen: für Ernährungsfragen, zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und für die gesundheitliche Sicherung des jetzigen und des kommenden Geschlechtes. Die letzte Gruppe hat n. a. die Herausgabe eines Flugblattes gegen die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten bei den Soldaten veranlaßt.

Der von Herrn Prof. Abderhalden an uns gerichteten Bitte, zu dieser Neugründung Stellung zu nehmen, haben wir am besten dadurch zu entsprechen geglaubt, daß wir Vertretern von Organisationen, die bereits seit mehr oder weniger langer Zeit die Ziele des neuen Bundes verfolgen, das Wort gegeben haben. J. S.

Herr Prof. Blaschko, Generalsekretär der Deutschen Ge-

sellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, schreibt:

„Der Bitte der Redaktion, meine Ansicht über den in Halle neu gebildeten ‚Bund zur Erhaltung und Hebung der deutschen Volkskraft‘ zu äußern, entspreche ich nur mit innerem Widerstreben. Meine aufrichtige Hochschätzung für den Begründer des Bundes, Prof. Abderhalden, und die Ueberzeugung, daß die Gründung selbst in der wohlmeinendsten Absicht erfolgt ist, können mich aber nicht hindern, meine Befürchtung auszusprechen, daß diese Gründung — wenn sie sich nicht von vornherein ein ganz bestimmt abgegrenztes Arbeitsgebiet steckt — nur Verwirrung in die bisher schon bestehenden volkshygienischen Organisationen tragen und durch eine Zersplitterung der Kräfte der Sache selbst Eintrag tun würde. Es ist nicht etwa die Befürchtung, daß die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten unter der neuen Gründung leiden könnte, was mich zu dieser Stellungnahme veranlaßt, — der Bund hat auch die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten unter sein Arbeitsgebiet aufgenommen — sondern die aus langjähriger Praxis geschöpfte Erfahrung, daß wirkliche Erfolge auf diesem Gebiete nur durch Spezialisierung der Arbeitstätigkeit zu erzielen sind. Man durchblättere nur die 13 Jahrgänge der ‚Mitteilungen‘ unserer Gesellschaft, und man wird sehen, nicht nur welche eine Fülle von aufopfernder Tätigkeit in diesen Jahren in den verschiedenen Ortsgruppen von deren Führern geleistet worden ist, sondern vor allem, wie im Laufe der Zeit die Wahl der Propagandamittel eine immer sicherere geworden ist, wie Mißgriffe und Fehlschläge immer seltener werden. Die dauernde Beschäftigung mit einem verhältnismäßig kleinen Spezialgebiet erzeugt naturgemäß nicht nur eingehende Sachkenntnis, sondern auch eine gewisse Beherrschung der Arbeitsmethode, und daß diese nicht zu öder Routine wird, dafür sorgt schon die Notwendigkeit, das Interesse der Bevölkerung an dieser für sie selbst so wichtigen Frage durch immer neue Formen der Propaganda wach zu halten.

Noch eins: die bunte Fülle von theoretischen und praktischen Aufgaben, die sich der neue Bund steckt, würde zu ihrer Bewältigung eine gewaltige Organisation, ungeheure Mittel und zahlreiche Arbeitskräfte erheischen. Es ist daher ganz richtig, daß der Bund seine Tätigkeit bisher auf die Stadt Halle beschränkt hat. Vielleicht könnte er auch einmal den Versuch machen, sein Arbeitsgebiet auf die kleinen Städte der Provinz Sachsen und auf das flache Land auszudehnen. (Ähnliches ist in Thüringen schon mit Erfolg versucht worden.) Hier, wo die Bevölkerung nicht zahlreich genug ist, um ihr Interesse dauernd einem Spezialgebiet der Hygiene zuzuwenden, wird man mit einem bunten Programm, zumal wenn etwas praktische Arbeit hinzukommt, bei geschickter Organisation gewiß etwas leisten können. Und erst, wenn man hier Erfolge erzielt hat, sollte man versuchen, die Propaganda in die Kleinstädte und auf das Land anderer Provinzen zu tragen. Nur bei so weiser Selbstbeschränkung und bei vorsichtigem Vorgehen würden, wie ich glaube, Rückschläge zu vermeiden sein.“

Herr San.-Rat Dr. Moll (Berlin), Schriftführer des Kriegsausschusses für Volksernährung, schreibt:

Eine Organisation besteht darin, daß man die zu einem Zusammenwirken geeigneten Kräfte möglichst zusammenfaßt und nach einheitlichen Gesichtspunkten wirken läßt. Dieser Gesichtspunkt war maßgebend, als der Kriegsausschuß für Volksernährung geschaffen wurde. Er ging hervor aus einem lockeren Zusammenschluß verschiedener Organisationen (z. B. Aerzteausschuß von Groß-Berlin, Nationaler Frauendienst, Zentralkommission der Krankenkassen, Rotes Kreuz, Abt. Kriegswohlfahrtspflege, Verband katholischer Frauenvereine etc.). Die Organisationen werden zusammengehalten durch einen gemeinsamen Vorstand, an dessen Spitze Herr Ministerialdirektor Kirchner steht. Der Zusammenschluß hatte sich als notwendig erwiesen, weil viele Organisationen und Persönlichkeiten zwar das Beste für die Volksernährung während des Krieges taten, aber nicht selten an einer Stelle etwas anderes gelehrt wurde als an der anderen. Besonders war es hierbei bedenklich, daß nebensächliche Meinungsverschiedenheiten bei der dem Volke gegebenen Aufklärung oft als grundsätzliche erscheinen und infolgedessen zu einer gewissen Verwirrung Anlaß geben.

Der Kriegsausschuß für Volksernährung ist auch mit anderen Instanzen im Deutschen Reich in Fühlung getreten, z. B. mit den großen Krankenkassenorganisationen, mit den Ärztekammern etc. Auch der Herr Minister des Innern hat sich zur Förderung dieser Frage an die Ärztekammern sowohl wie an die Kreisärzte gewendet.

Der Bund zur Erhaltung und Mehrung der Volkskraft in Halle a/Saale hat ein weites Programm, vielleicht ein zu weites. Er hat auch der Kriegskost seine Aufmerksamkeit zugewendet und Rezepte veröffentlicht. Das Bestreben ist dankenswert, aber es ist zu wünschen, daß der neue Bund sich mit bestehenden Organisationen, die in dieser Frage vorgearbeitet haben und dauernd weiter arbeiten, möglichst schnell in Verbindung setzt, damit nicht ein zusammenhangloses Nebeneinanderarbeiten stattfindet. In erster Linie sollte der Bund den Lücken, die vielleicht noch bestehen, seine Aufmerksamkeit zuwenden, besonders auch auf kleinere Städte und Dörfer seine Tätigkeit erstrecken. Ferner sollte

er sich mit der persönlichen Einwirkung auf einzelne Familien beschäftigen. Wenn er seine Tätigkeit auf ganz Deutschland ausdehnt, sollte er nicht ohne engste Fühlungnahme mit anderen, bereits bestehenden Organisationen arbeiten. Andernfalls wäre eine Zersplitterung der Kräfte, eine unökonomische Verwendung der Mittel und seine Erschwerung in der Erreichung des gemeinsamen Zieles die Folge.

Herr Oberarzt Rott, Dirigent des Organisationsamtes für Säuglingsschutz im Kaiserin Auguste Victoria-Haus, Schriftführer der Deutschen Vereinigung für Säuglingsschutz, schreibt:

Die Tätigkeit des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der Volkskraft bzw. die Gruppe zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, für Kinder- und Mutterschutz hat bis jetzt zur Gründung eines Säuglingsheims, das etwa 40 bis 50 Säuglinge beherbergen kann, geführt. Das Säuglingsheim war, soviel ich hörte, für Halle eine dringende Notwendigkeit, weil das einzige bisher in Halle bestehende, von den grauen Schwestern unterhaltene Säuglingsheim der Nachfrage nicht genügen konnte, zumal es zurzeit leider auch noch teilweise für Lazarettzwecke zur Verfügung gestellt worden ist. Von dem Standpunkte der lokalen Bedürfnisfrage aus ist also die Einrichtung des Säuglingsheims gewiß rückhaltlos zu begrüßen. Nun gibt es aber doch einen Verein zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit in Halle, der offenkundig genau die gleichen Aufgaben hat wie die Gruppe zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der Volkskraft, wengleich seine bisherige Tätigkeit vornehmlich der offenen Säuglingsfürsorge diene. Konnte nicht eine Arbeitsvereinigung oder eine Unterstützung des bestehenden Vereins herbeigeführt werden? Hätte nicht das Gleiche erreicht werden können, wenn dem genannten Verein die aufgewendeten Mittel zur Verfügung gestellt worden wären?

Wenn sich die Tätigkeit der Gruppe zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit über Halle hinaus auf das Reich erstrecken sollte, wie es ja bereits aus einer an die Zentralbehörden gerichteten Eingabe betreffend Bekämpfung des Geburtenrückganges hervorgeht, dann kollidiert sie u. a. auch mit der Tätigkeit der seit 1909 bestehenden Deutschen Vereinigung für Säuglingsschutz. Die Deutsche Vereinigung hat sich mehrfach mit der Frage des Geburtenrückganges und der Sicherung des Volksbestandes beschäftigt, neuerdings in Berlin auf der außerordentlichen Tagung vom 13. März 1915. Eingaben und Anträge an die Zentralbehörden, die übrigens die Tätigkeit der genannten Vereinigung durch Subventionen seit Jahren fördern, Vorbereitung des Zusammenschlusses der für die Fragen des Geburtenrückganges und der Volkserhaltung besonders sich interessierenden Persönlichkeiten und Gesellschaften zur gemeinsamen Tätigkeit sind das praktische Ergebnis dieser Verhandlungen. Mit der Deutschen Vereinigung für Säuglingsschutz, die, wie gesagt, seit Jahren das Gebiet der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit theoretisch-wissenschaftlich und im Verein mit der Preussischen Landeszentrale für Säuglingsschutz und dem Kaiserin-Auguste Victoria-Hause zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reiche praktisch-organisatorisch bearbeitet, hat der Bund zur Erhaltung und Mehrung der Volkskraft weder vor noch nach seiner Gründung Fühlung gesucht, obwohl ihr Bestehen und ihre Tätigkeit dem Gründer des Bundes bekannt sein mußte, über die er sich zum mindesten hätte orientieren müssen.

Was für die Deutsche Vereinigung angeführt wird, gilt im übertragenen Sinne auch für die großen Gesellschaften und Vereinigungen, die sich mit den anderen Aufgaben des Bundes schon seit Jahren befassen. Wir sehen eben hier wie überall auf dem Gebiete der Volkswohlfahrtspflege denselben Fehler: Zersplitterung der Kräfte, Nebeneinanderarbeiten ohne Fühlung, doppelte Bearbeitung gleicher Aufgaben. Wenn diese Erscheinungen schon in Friedenszeiten vorhanden gewesen sind, so scheinen sie in Kriegszeiten an Intensität und Extensität noch zuzunehmen. Allenthalben ist ein Tatendrang zu bemerken, der nachgerade bedrohliche Formen annimmt. Langjährige Einrichtungen stellen ihre Tätigkeit ein, weil es ihnen an Mitteln fehlt, ihre Arbeit in dieser schweren Zeit fortzusetzen, und anstatt diesen Organisationen aufzuhelfen, werden die neuen Mittel dazu benutzt, neue zu gründen, die doch mangels eigener Erfahrung noch einmal dort anfangen müssen, wo die älteren Einrichtungen vor Jahren begonnen haben.